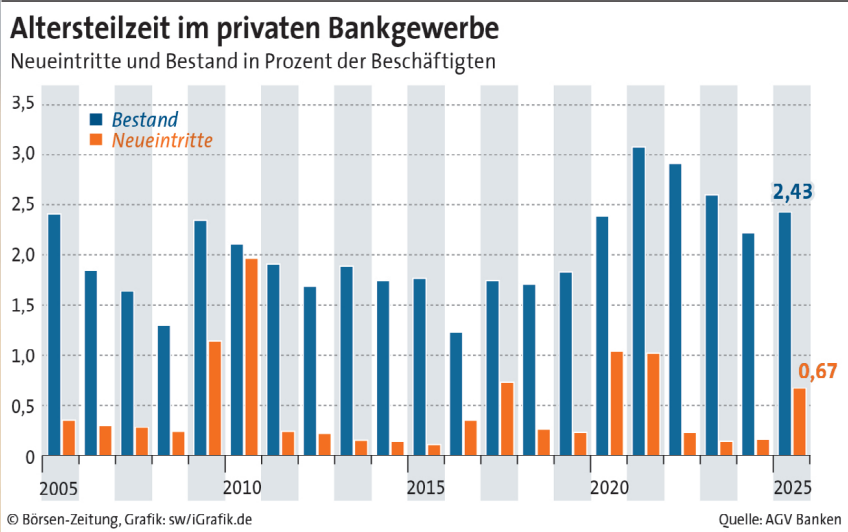


Die Finanzwirtschaft bangt um ihr „Transformationsinstrument“

Die Vorschläge der Rentenkommission zur Altersteilzeit sorgen in der Bankenbranche für Unruhe. Die Abfederung des erwarteten Stellenabbaus aufgrund von KI und Konsolidierung dürfte diese Reform deutlich erschweren. Arbeitgeber und Gewerkschaften machen jetzt gemeinsam mobil gegen das Vorhaben.

Von Andreas Heitker, Berlin



Ob die Einführung einer gesetzlichen Kapitalrente, das Ende der „Rente mit 63“, die Anhebung des Renteneintrittsalters oder die Abschaffung von Minijobs – die von der Alterssicherungskommission im Juni vorgelegten Ideen für eine große Reform der gesetzlichen Rentenversicherung (GKV) werden immer noch kontrovers diskutiert. Unter dem Radar geblieben ist dabei bislang aber noch die Empfehlung Nummer 13, die Einschnitte bei der Altersteilzeit vorsieht. Diese soll zwar nicht abgeschafft werden, eine Inanspruchnahme soll aber erst ab 58 und nicht mehr schon mit 55 Jahren möglich sein. Und das so genannte Blockmodell möchte die Kommission ganz streichen.

Im Blockmodell arbeiten die Beschäftigten in der ersten Phase der Altersteilzeit voll und in der zweiten Phase gar nicht mehr. Im alternativen „Gleichverteilungsmodell“ wird hingegen die tägliche, wöchentliche oder monatliche Arbeitszeit während der gesamten Altersteilzeit halbiert. Die Rentenkommission stufte das Blockmodell in ihrem Bericht als „arbeitsrechtlich ermöglichte Form der Frühverrentung“ ein und plädierte dafür, entsprechende Anreize zu verringern, um so zusätzliche Beschäftigungspotenziale von Älteren zu sichern.

99 Prozent für das Blockmodell

Die Empfehlung, das Blockmodell abzuschaffen, hat nach Angaben von Carsten Rogge-Strang „in den Personalabteilungen der deutschen Banken schon zu erheblicher Unruhe geführt“. Eine vernünftige personalpolitische Gesamtplanung sei aktuell kaum möglich, so der Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbands (AGV) Banken im gemeinsamen Börsen-Zeitung-Gespräch mit dem Verdi-Bundesfachgruppenleiter für das Bankgewerbe, Jan Duscheck. Der Gewerkschafter verweist darauf, dass 99% der Altersteilzeitverträge im Bankensektor Blockmodelle seien. In anderen Branchen sehe das ähnlich aus. „Man kann sagen: Wer das Blockmodell abschaffen will, der schafft die gesamte Altersteilzeit ab.“

Für die privaten Banken in Deutschland – insbesondere die großen Institute – wäre dies ein Einschnitt. Bundesweit liegt die Quote der potenziell anspruchsberechtigten 55- bis 65-Jährigen, die sich für eine Altersteilzeit entscheiden, seit zehn Jahren relativ stabil bei rund 4%. In der Finanz- und Versicherungsbranche waren es zuletzt nahezu 10%. Im privaten Bankgewerbe waren es nach Angaben des AGV Banken im vergangenen Jahr sogar knapp 12% gewesen. Auf solche Werte kam im Industriebereich zuletzt allenfalls die Energiewirtschaft.

Für den Verdi-Branchenexperten Duscheck ist Altersteilzeit ein kluges und wichtiges Instrument für den sozialverträglichen Beschäftigungsumbau im Bankensektor und ein „Transformationsinstrument“, das zur langfristigen Personalplanung eingesetzt werden kann. Es gehe immer auch darum, betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden. Ähnlich sieht dies auch Rogge-Strang unter Verweis auf die permanenten Restrukturierungsanforderungen in der Branche. „Wenn wir keine Verblockungsmöglichkeit bei der Altersteilzeit mehr hätten, würde das die Branche hart treffen.“

Die Sorgen in der Branche drehen sich um die Beschäftigungseffekte, die Künst-

liche Intelligenz und Konsolidierung mit sich bringen, und das dann möglicherweise fehlende Instrument, den Personalabbau sozialverträglicher zu gestalten. Dies hat insbesondere auch mit der Commerzbank zu tun, die zuletzt ja im Mai das Streichen von weiteren 3.000 Arbeitsplätzen im Kampf gegen Unicredit angekündigt hatte. Gewerkschaften hatten im vergangenen Jahr schon befürchtet, dass eine Übernahme durch die Italiener sogar 15.000 Stellen kosten könnte.

Commerzbank im Fokus

Die Commerzbank hatte auch in der Vergangenheit immer wieder auf Altersteilzeit und dem – allerdings deutlich teureren – Instrument des Vorruhestands zurückgegriffen, um Stellenkappungen abzufedern. Das war zum Beispiel 2021 der Fall, als 7.500 Arbeitsplätze gestrichen wurden. Und auch 2025 hatten sich Management und Betriebsrat auf ein attraktives neues Arbeitsteilzeit-Programm verständigt, um den damals schon akuten Abbau von 3.300 Mitarbeitern voranzutreiben. Von Einmalzahlungen von 50.000 Euro war die Rede. Aktuelle Zahlen zur

Inanspruchnahme wollte die Commerzbank nicht nennen.

Die externen Schocks, die die Beschäftigung in der deutschen Bankenbranche trafen – von der Finanzkrise bis zu Corona –, zeigen in den Statistiken immer auch Ausschläge bei der Inanspruchnahme von Arbeitsteilzeit-Möglichkeiten. Dies könnte jetzt auch wieder der Fall werden. Der AGV Banken rechnet auf jeden Fall nach den Worten seines Hauptgeschäftsführers aufgrund der anhaltenden Branchenkonsolidierung mit Stellenabbauprogrammen „in einer Dimension, die deutlich über das bisherige Maß hinausgeht“. Umso mehr werde das Blockmodell weiterhin für die sozialverträgliche Umsetzung gebraucht, sagt Rogge-Strang.

„Es wird im Bankensektor weiter Beschäftigung abgebaut werden“, bestätigt auch Duscheck im Gespräch. Das sei klar, und da seien auch die Gewerkschaften nicht blauäugig. „In welchem Umfang und in welchem Zeitraum ist allerdings noch völlig offen.“ Der Verdi-Bankenexperte verweist zugleich darauf, dass sich die Beschäftigungsstruktur in der Branche ändere. Er rechnet mit dem Entstehen neuer Jobprofile. „Es geht nicht nur um den Nettoverlust an Arbeitsplätzen.“ Die heutigen Altersteilzeit-Regeln haben in diesem Fall laut AGV Banken dann auch den Vorteil für jüngere Mitarbeiter, schon früher nachrücken zu können.

Brief ans Arbeitsministerium

Union und SPD hatten bereits beschlossen, die 33 Empfehlungen der Alterssicherungskommission komplett umzusetzen. Um noch Änderungen beim Thema Altersteilzeit zu erreichen, machen Arbeitgeber und Gewerkschaften im Bankensektor jetzt gemeinsam mobil: In den vergangenen Tagen trudelte bei der zuständigen Staatssekretärin im Bundesarbeitsministerium, Lilian Tschan, bereits ein dreiseitiges Schreiben ein, in dem der AGV Banken-Vorsitzende Thomas A. Lange und Verdi-Bundesvorstand Christoph Schmitz-Dethlefsen noch einmal ihre Bedenken ausbreiteten.

Sie argumentieren, dass das Arbeitsvolumen durch einen Wegfall der Verblo-

ckungsmöglichkeit gleich bleibe und durch einen Umstieg auf ein Gleichverteilungsmodell daher gar kein höheres Beschäftigungspotenzial zu erwarten sei. Sie forderten von der Bundesregierung vor allem einen Vertrauensschutz für bereits bestehende Altersteilzeit-Vereinbarungen der Banken und warnten, dass Betriebe ohne das Verblockungsmodell bei Restrukturierungen in Zukunft verstärkt betriebsbedingte Beendigungskündigungen aussprechen würden. Dies sei bei den privaten Banken in Deutschland bislang die absolute Ausnahme gewesen.

Bislang waren die Sozialpartner immer stolz darauf gewesen, „keine Kündigungsbranche“ zu sein und verweisen gerne auf das Rationalisierungsschutzabkommen von 2010. Hier wird sehr dezidiert untereinander geregelt, was zu passieren hat, wenn in einzelnen Banken Personal abgebaut werden muss. Betriebsbedingte Kündigungen waren auch hier nur als das allerletzte Mittel vorgesehen.

Auch andere Branchen betroffen

Die Forderungen der beiden Sozialpartner seien „kein Cherry-Picking“, sagt Rogge-Strang. „Das ist personal- und arbeitsmarktpolitische Vernunft.“ Man wolle nicht das ganze Rentenpaket noch einmal aufschneiden. „Aber an dieser Stelle sollten alle, die damit befasst sind, noch einmal genauer hinsehen.“

AGV Banken und Verdi gehen ohnehin davon aus, dass dies kein reines Bankenthema ist, und sich weitere Branchen, die sich ebenfalls in einem Transformationsprozess einschließlich Stellenabbau befinden, den Forderungen noch anschließen werden, zum Beispiel die Automobilindustrie.

Ob der Druck auf die Politik reicht, um noch Veränderungen durchzusetzen, wird sich schon im Herbst zeigen, wenn der Gesetzentwurf zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung aus dem Bundesarbeitsministerium auf dem Tisch liegt. Bis dahin hoffen Duscheck und Rogge-Strang, dass ihr gemeinsames Vorgehen auch entsprechendes Gewicht in der Diskussion entwickelt.

Börsen-Zeitung, 17.8.2026